

Strategien des Landes Brandenburg mit Bezug zum ESF-OP

Die aktuellen Strategischen Ansätze der Brandenburger Arbeitspolitik „**Gute Arbeit für alle und sichere Übergänge**“ bilden vor dem Hintergrund der Entwicklungsnotwendigkeiten zur Stärkung von Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt auch die Grundlage für die ESF-Strategie des Landes 2014-2020. Damit wird der konzeptionelle Ansatz des aktuellen operationellen Programms „Beschäftigung förderndes Risikomanagement“ fortgeschrieben und vor dem Hintergrund von Veränderungen im Wirtschafts- und Arbeitsleben weiter entwickelt. Kernstück der ESF-Förderung bleibt die Verbesserung der Beschäftigungschancen für die Menschen in Brandenburg. Das erfordert eine stärkere Orientierung auf die Verbesserung der Chancengerechtigkeit in der Bildung in allen Landesteilen.

Das Land setzt in seiner Arbeitspolitik auf Maßnahmen, die mehr Qualität, Innovationskraft, Flexibilität und Sicherheit im Beschäftigungssystem und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe fördern. Zugleich wird mit der Arbeitspolitik das Ziel verfolgt, jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an Bildung und Erwerbstätigkeit zu geben und somit soziale Ausgrenzung sowie Armut präventiv zu vermeiden. Die Veränderungen in der Arbeitswelt gehen mit Chancen und Risiken für die Menschen einher. Übergänge zwischen Lebensphasen, wie von der Schule in Ausbildung oder aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand, Wechsel zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen, Übergänge von Erwerbstätigkeit in Weiterbildung oder von Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit müssen immer wieder neu gemeistert werden.¹ Die Arbeitspolitik des Landes greift mit ihrer Strategie die Flexicurity - Grundsätze des Europäischen Rates mit dem Ziel der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, des Abbaus der Segmentierung am Arbeitsmarkt und der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auf.

Aus Perspektive der Landesregierung Brandenburg heißt „Gute Arbeit für alle“ auch, die Polarisierung der Gesellschaft in sog. Insider und Outsider zu überwinden. Arbeitslose brauchen Chancen für Teilhabe an Arbeit, auch im Sinne guter Arbeit. Ein Hauptaugenmerk liegt auf dem Abbau struktureller Arbeitslosigkeit. Eine Politik der Guten Arbeit umfasst daher ein breites Spektrum von Handlungsfeldern - von einer gesundheitsgerechten bzw. gesundheitsförderlichen Gestaltung der Arbeit über angemessene Entlohnung, Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen, gleichberechtigte Zugänge zu Arbeit und Bildung, Abbau von Arbeitslosigkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis hin zu Mitwirkungsmöglichkeiten im Arbeitsprozess.

Kernelemente dieser Arbeitspolitik des Landes Brandenburg sind die Erhöhung des Bildungs- und Beschäftigungsniveaus, die Stärkung von Flexibilität und Innovationskraft der Brandenburger Wirtschaft durch Gute Arbeit für alle, die Verbesserung individueller Übergangsfähigkeit im Erwerbsleben, die Erhöhung der Beschäftigungschancen von Personengruppen mit erhöhten Risiken und Problemen am Arbeitsmarkt und die Unterstützung beschäftigungspolitischer Projekte.

Ein Schwerpunktbereich der arbeitspolitischen Strategie ist die Fachkräftesicherung. Bereits seit der Analyse der Fachkräftesituation und ihrer Entwicklungsprognose in der ersten Brandenburger Fachkräftestudie 2005 wurde für das Thema Fachkräftesicherung sensibilisiert und ein Maßnahmenplan initiiert. Die seitdem kontinuierlich weiterentwickelte **Fachkräftestrategie des Landes** hat folgende Zielsetzungen:

- Vermeidung der Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel
- Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch lebenslanges Lernen
- Bildungsbegleitung mit transparenten und zuverlässigen Übergängen zwischen Schule und Ausbildung/Studium sowie Ausbildungs-/Studienabschluss und anschließende Beschäftigung
- „Gute Arbeit“ als Ansatz für faire Arbeitsbedingungen

¹ „Der moderne Arbeitsmarkt zeichnet sich durch eine Beschleunigung und Komplizierung der Übergangsdynamik aus.“ Günther Schmid: Von der Arbeitslosen zur Beschäftigungsversicherung. Wege zu einer neuen Balance individueller Verantwortung und Solidarität durch eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. In: WISO-Diskurs, April 2008, S. 6.

- Vereinbarkeit von Beruf und familiären Pflichten, darunter auch von Beruf und Pflege
- Abbau von geschlechtsspezifischen Vorurteilen und Beschäftigungsmustern in der Arbeitswelt und bei der Berufswahl.

Umgesetzt wird die Strategie in einem breiten Bündnis für Fachkräftesicherung, das einen Maßnahmenplan mit derzeit 93 Maßnahmen erarbeitet hat, die laufend aktualisiert und weiterentwickelt werden. Die Prognosen, Situationsanalysen und Handlungsempfehlungen der Gemeinsamen Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg 2010 fließen in die Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie 2012 unter dem Motto „Bilden-Halten-Gewinnen“ ein. Konkret ergeben sich daraus folgende Handlungsstränge:

- Kompetenzen, Fähigkeiten und Interessen aller Brandenburger Jugendlichen und Erwachsenen durch ein attraktives Schul- und Hochschulsystem sowie ein modernes Aus- und Weiterbildungssystem besser erschließen (Bilden);
- Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in zukunftssicheren, innovativen Unternehmen sichern und ausbauen (Halten);
- Steigerung der Attraktivität Brandenburgs, um innerhalb und außerhalb von Brandenburg Fachkräfte zu gewinnen (Gewinnen).

Die Zielvorgaben der Landesregierung für eine „**Gute Bildung von Anfang an**“ orientieren darauf, in Brandenburg die Kindertagesstätten und insbesondere das Schulsystem so weiterzuentwickeln, dass es allen jungen Menschen die gleichen Bildungschancen einräumt. Gute Bildung von Anfang an ist eine wichtige Grundlage für aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zugleich die Basis für die Sicherung des Fachkräftepotenzials, das für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie für den Arbeitsmarkt Brandenburgs von herausragender Bedeutung ist. Hier spielt auch die „**Konzeption Kulturelle Bildung**“ des Landes eine Rolle, die insbes. die jüngere Generation für Kultur gewinnen und mitnehmen soll.

Zentrales Ziel ist es, im brandenburgischen Schulsystem die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um möglichst alle Schülerinnen und Schüler zu einem anerkannten Schulabschluss zu führen. Die Umsetzung einer „Schule für alle“ die in der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert wird, soll hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Alle Kinder und Jugendliche sollen langfristig in der Regelschule gemeinsam unterrichtet und entsprechend ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten gefördert werden. Die Landesregierung Brandenburg hat mit dem **Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket** im Handlungsfeld 2 „Erziehung und Bildung“ den Umbau des Schulsystems mit der Bereitstellung inklusiver Angebote für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf festgeschrieben. Alle Schülerinnen und Schüler mit Lern-, Verhaltens- und Sprachschwierigkeiten (LES) beginnend ab der Jahrgangsstufe 1 sollen gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern ohne Förderbedarf in ihrer wohnortnahen Regelschule beschult werden. Ebenso soll der Zugang für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zur allgemeinen Schule quantitativ und qualitativ deutlich erweitert werden. In diesem Zusammenhang wird es auch darauf ankommen, die weiterführenden Schulen der Sekundarstufen in den nächsten Jahren auf die neuen Herausforderungen bei der Entwicklung einer inklusiven Schule vorzubereiten. Dies betrifft insbesondere die Schulen, die Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf unterrichten. In einem ersten Schritt arbeiten deshalb bereits seit dem Schuljahr 2012/2013 über 80 Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft in einem Pilotprojekt „Inklusive Grundschule“.

Ein damit im engen Zusammenhang stehender Schwerpunkt der Schulentwicklung ist die Verbesserung der Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. Hier bedarf es besonderer schulischer Fördermaßnahmen mit ergänzenden individuellen Hilfen und familienunterstützenden Angeboten. Der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, soll weiter gesenkt werden.

Alle Schülerinnen und Schüler sollen dabei unterstützt werden, einen Schulabschluss zu erreichen, um die erfolgreiche Einmündung in berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Mit der **Hochschulentwicklungsplanung 2014 – 2025** legt die Landesregierung 2013 ihr Konzept für eine zukunftsfähige, innovative und gestärkte Hochschullandschaft in Brandenburg vor. Dabei werden unter Berücksichtigung u.a. der demographischen Entwicklung, der Studierendennachfrage und des Fachkräftebedarfs im Land Brandenburg vorrangig folgende Bereiche in den Mittelpunkt gerückt:

- Durchlässigkeit zwischen Beruf und Studium
- Qualität der Lehre
- wissenschaftlicher Nachwuchs
- wissenschaftliche Weiterbildung im Dialog zwischen Hochschulen und Unternehmen
- Wissens- und Technologietransfer u.a. Kooperationsvorhaben mit Unternehmen
- Gleichstellung von Frauen und Männern, Förderung der Vereinbarkeit von Studium/Beruf und Familie

Den Hochschulen kommt eine Schlüsselstellung bei der akademischen Fachkräftesicherung zu. Die brandenburgischen Hochschulen und die Landesregierung haben bereits Maßnahmen für verschiedene Wege zur Erlangung eines akademischen Abschlusses bzw. zur akademischen Weiterbildung ergriffen. Dabei geht es insbesondere um die formale Ermöglichung von Durchlässigkeit wie z.B. durch gesetzliche Regelungen im Brandenburgischen Hochschulgesetz oder die Anerkennung von außerhochschulisch erlangter Bildung.

Zur Sicherung der **Chancengleichheit für Frauen und Männer** hat die Landesregierung am 8. März 2011 das Programm "Gute Lebensperspektiven – Faires Miteinander – Neue Chancen, Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für das Land Brandenburg 2011 - 2014" verabschiedet. In ihm sind die aktuellen Ziele und Handlungsschwerpunkte der Gleichstellungspolitik formuliert. Es beinhaltet einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen aller Ressorts und die aktuelle Fortschreibung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder.

Das **behindertenpolitische Maßnahmenpaket** der Landesregierung vom Dezember 2011 unter dem Motto „Alle inklusive in Brandenburg“ zielt auf die Sicherung sozialer Teilhabe der Menschen mit Behinderung durch Inklusion. Im Bereich Beschäftigung setzt sich die Landesregierung für einen inklusiven Arbeitsmarkt ein. Die Maßnahmen sind u.a. die Verbesserung der Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, auf die Erhöhung der Ausbildungszahl von jungen Menschen mit Behinderungen in Betrieben und der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gerichtet.

Unter dem Titel „**Alt werden im Land Brandenburg**“ hat die Landesregierung im Jahr 2007 die Leitlinien zur Seniorenpolitik entwickelt und sich damit eine programmatische Grundlage zur Gestaltung von Seniorenpolitik gegeben. Sie beinhalten auch eine Leitlinie zur besseren Integration Älterer und zum längeren Verbleib älterer Beschäftigter in Arbeit, insbesondere durch Förderung des lebenslangen Lernens und altersgerechte Arbeitsbedingungen. Im Mai 2011 wurde das **Seniorenpolitische Maßnahmenpaket „Aktives Altern in Brandenburg“** mit konkreten Aufgaben beschlossen.

Nach dem Mikrozensus 2012 leben im Land Brandenburg 143.200 Menschen mit Migrationshintergrund, davon 68.600 Ausländerinnen und Ausländer. Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur stellen die Grundlage der Integration dar. Die Landesregierung Brandenburg hat ihre Integrationspolitik weiterentwickelt und im März 2014 ein neues **Landesintegrationskonzept** unter dem Motto „Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg“ vorgelegt. Es wurde unter Beteiligung des Landesintegrationsbeirates sowie aller weiteren wichtigen Akteure aus der Integrationsarbeit erstellt und enthält sieben Handlungsfelder, die mit konkreten Zielen und Aktivitäten untersetzt sind. Danach sollen, auch vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderungen und der Fachkräftesicherung, die

Potentiale der Zuwanderer und der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund stärker genutzt werden. So muss sich der Arbeitsmarkt weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und die Zuwanderer werden dabei unterstützt, frühzeitig die deutsche Sprache zu erlernen, denn dies ist der Schlüssel zur Integration.

Eine Reaktion auf den demografischen Wandel ist auch die **wirtschaftspolitische Strategie des Landes** „Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln“, die als Weiterentwicklung der seit 2005 neu ausgerichteten Wirtschaftsförderstrategie „Stärken stärken“ zu verstehen ist. Dabei wird an Bewährtem angesetzt.

Die Regionalen Wachstumskerne werden als Standorte mit überdurchschnittlicher wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und hohen Ausstrahleffekten weiter umfassend unterstützt. Ebenso kommt dem Mittelstand als wichtigem Wachstumsmotor im Land weiterhin oberste Priorität zu.

Die **gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg** zielt auf die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion durch Stärkung der Innovationsfähigkeit.

Neue Akzente wurden mit der Weiterentwicklung ausgewählter Branchenkompetenzfelder zu Clustern gesetzt – im Sinne einer auf Innovationen und Nachhaltigkeit bei der Strukturentwicklung ausgerichteten Wirtschafts- und Standortpolitik. Fünf gemeinsame Cluster der Länder Brandenburg und Berlin sind etabliert: Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Verkehr, Mobilität und Logistik, IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie Optik. Darüber hinaus gibt es vier spezifische brandenburgische Cluster, die der besonderen Wirtschaftsstruktur unseres Landes Rechnung tragen. Das sind die Cluster Metall, Ernährungswirtschaft, Kunststoffe und Chemie sowie Tourismus.

Die zur Verfügung stehenden Fördermittel werden auf die Unternehmen der Cluster konzentriert. Dadurch erhalten diese zielgenaue Unterstützung bei ihren Investitionen, insbesondere im innovativen Bereich.

2011 hat die Landesregierung Brandenburg einen Beschluss zur Entwicklung einer **Landesnachhaltigkeitsstrategie** gefasst. Folgende Handlungsschwerpunkte werden benannt:

- Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion
- Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer
- Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel
- Zukunftsfähige Finanzpolitik
- Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern.

Insgesamt hat Brandenburg in den letzten Jahren ein ganzes Bündel relevanter politischer Strategien in den Bereichen Arbeits-, Bildungs- und Sozialpolitik sowie Wirtschafts-, Innovations- und Energiepolitik entwickelt. Diese Strategien stehen in grundsätzlicher Übereinstimmung mit europäischen bzw. nationalen Zielen bzw. Strategien. Damit existieren im Land geeignete strategische Anknüpfungspunkte für den Einsatz der EU-Fonds und insbesondere des ESF in der Programmperiode 2014-2020.

Durch das ESF-OP des Landes Brandenburg werden in der Programmperiode 2014-2020 insbesondere folgende Landesstrategien unterstützt:

- Arbeitspolitische Strategie „Gute Arbeit für alle und sichere Übergänge“
- Fachkräftestrategie „Fachkräfte bilden, halten und gewinnen“
- Bildungsstrategie „Gute Bildung von Anfang an“ und „Inklusive Schule“
- Hochschulstrategie

Der ESF leistet außerdem einen Beitrag zu den wirtschaftspolitischen Strategien des Landes sowie zur Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie.